

Türkei

„MACHEN SIE FRIEDEN“

Krieg gegen kurdische Separatisten, Religionskrieg zwischen moderaten und fundamentalistischen Moslems: Die Türkei kommt nicht zur Ruhe. Aus dem Istanbuler Stadtteil Gaziosmanpaşa, Schauplatz blutiger Kämpfe, berichtet SPIEGEL-Reporter Erich Wiedemann über den Widerstand der Alawiten gegen die Polizei.

Seid mal still, die Ministerpräsidentin ist am Apparat!“ Hüseyin Gülen, der Vorsitzende des alawitischen Kulturvereins, haut mit zwei flachen Händen gleichzeitig auf die Schreibtischplatte, um sich Gehör zu verschaffen. „Ich sage, still, still, still, die Ministerpräsidentin.“

Im Gemeindehaus der Alawiten im Istanbuler Stadtteil Gaziosmanpaşa ist es so voll und so laut wie nachmittags um halb fünf auf der Fähre nach Üsküdar. 150 übernachtigte, unrasierte Männer auf 50 Quadratmetern trinken Tee und schreien durcheinander. Die Belagerung durch die Polizei, die nun schon drei Tage dauert, zehrt an den Nerven.

Hüseyin Gülen ist ein nervöser, kleiner Mann mit einer dünnen Stimme. Er ist viel zu aufgeregt, als daß er in diesem Chaos mit Ministerpräsidentin Tansu Çiller über Krieg und Frieden telefonieren könnte. Deshalb reicht er den Telefonhörer an einen Jungen namens Mehmet weiter, der neben ihm auf dem Schreibtisch hockt.

Und Mehmet kommt gleich zur Sache. Er brüllt ins Telefon: „Frau Ministerpräsidentin, wir hatten 30 Tote. Ja, doch, es waren 30. Mindestens.“ Über das Schicksal von weiteren 300 Verschwundenen habe man nichts erfahren können. „Seien Sie so gut, und machen Sie Frieden.“

Plötzlich ist Ruhe im Gemeindehaus. „Ja, aber schicken Sie keine Polizisten, schicken Sie lieber Soldaten!“ Applaus im Saal. „Ja“, ruft einer, „Polizisten sind Mörder.“

Die Armee hat in Gaziosmanpaşa einen besseren Ruf als die Polizei. Sie gilt hier als progressive Kraft, weil sie in der Tradition des laizistischen Erbes von Staatsgründer Kemal Atatürk steht, dem auch die alawitischen Moslems verpflichtet sind. Die Polizei gilt hier als korrupte Killerbande. Sicher ist: Sie hat die anderthalb Dutzend Menschen auf dem Gewissen, denen am Montag bei der Demonstration gegen die Attentatsserie auf alawitische Kaffeehäuser in den Rücken geschossen wurde.



Protestierende Alawiten, getöteter Demonstrant: „Wir wollen keine Rache, wir

Wenn die Soldaten nicht gewesen wären, hätte es noch mehr Opfer gegeben. Augenzeugen beobachteten, wie sich auf dem Höhepunkt der Ausschreitungen Militär vor die Demonstranten drängte, um sie vor der schießwütigen Polizei zu schützen.

Ministerpräsidentin Çiller hat sich direkt mit dem alawitischen Organisationskomitee verbinden lassen, um zu vermitteln. Sie sagt, sie sei zum Frieden bereit. Ob es eine Garantie dafür gebe, daß der Aufstand nicht wiederaufflamme, will sie wissen. Mehmet wedelt erregt mit dem Zeigefinger. „Nein, nein, wir wollen keine Rache, wir wollen in Würde unsere Toten begraben, sonst nichts.“

Mehmet sieht sich fragend um: War sonst noch was? Weil niemand antwor-

tet, knallt er den Hörer hin. Aber er hebt ihn gleich wieder auf, um ihn dann noch mal, ganz vorsichtig, zurück auf die Gabel zu betten. So, als fürchte er, die Regierungschefin könne das Knallen gehört und es ihm als Ungehörigkeit ausgelegt haben.

Die meisten Toten können schon deshalb nicht begraben werden, weil die Beamten in der Leichenhalle des Cerrah-Paşa-Krankenhauses sie nicht freigeben. Am Mittwochnachmittag genehmigen sie die Bestattung der ersten drei Toten. Die anderen sollen nach und nach herausgelassen werden. Die Regierung hofft, daß der Volkszorn sich dadurch verzettelt und an Wucht verliert.

Es ist nicht so sicher, daß alle in Gaziosmanpaşa den Frieden wirklich wollen. Radikale linke Gruppen haben be-



E. WIEDMANN / DER SPIEGEL

Einsatztruppen der Polizei im Istanbul Stadtteil Gaziosmanpaşa: Schüsse in den Rücken



ARAL PHOTO REPORTER

wollen in Würde unsere Toten begraben“

kanntgemacht, sie würden alles daransetzen, um den Stadtteil zum „Grab des Faschismus“ zu machen.

Der Vorort Gaziosmanpaşa wird fast ausschließlich von Alawiten bewohnt. Er ist eines der schmutzigsten, dichtestbevölkerten und ärmsten Viertel der Zwölf-Millionen-Metropole Istanbul. 30 Prozent Arbeitslose, heruntergekommene Wohnhäuser, jeder Quadratmeter Boden durchtränkt mit Ruß, Schmier und Exkrementen. Das Wirtschaftswunder, das sich weiter unten am Bosphorus breitgemacht hat, ist hier noch Generationen entfernt, bester Mutterboden für religiösen und politischen Extremismus.

Draußen vor dem Gemeindehaus tanzen Marxisten in dunkelgrauen Lederjacken, ausweislich des über ihnen wehenden roten Spruchbandes Mitglieder

einer „Alawitischen Volksbefreiungsfront“. Sie stoßen die Fäuste in den regengrauen Himmel und rufen im Sprechchor: „Das Volk will die Revolution!“

Das Volk läßt sich davon allerdings nichts anmerken. Es steht gruppenweise auf der Ismet-Paşa-Straße im Nieselregen, diskutiert und kaut Nüsse und Sonnenblumenkerne.

Frauen verteilen altes Brot gegen den Hunger und heißen Tee gegen die Kälte. Die Lebensmittel beginnen knapp zu werden, weil die belagernden Polizisten nicht mal den Milchmann und den Bäcker durchlassen. Die meisten Männer sind seit drei Tagen auf den Beinen. Man sieht ihnen die Erschöpfung an.

Nur oben am Straßenausgang ist Bewegung. Junge Burschen schleppen unablässig alte Autoreifen heran und werfen sie johlend in die schwarz lodernden Feuer vor den Barrikaden.

Die Wachtposten lassen niemanden durch, der nicht hierhergehört, auch keine Journalisten. Die Medien gehören nach ihrer Auffassung zum korrupten System, das sie an die sunnitischen Faschisten verraten hat.

Beim SPIEGEL haben die Wachtposten eine Ausnahme gemacht. Er gehe davon aus, daß der SPIEGEL keine Marionette der Sunniten sei, sagt einer, der bei Opel in Bochum Elektriker gelernt hat.

Von der Barrikade aus hat man, über die Trümmer hinweg, die der Aufstand hinterlassen hat, einen freien Blick bis hinauf zur Europastraße 80, die hier auf einem Viadukt das Gaziosmanpaşa-Tal überquert. Die Ismet-Paşa-Straße, die hinunter ins Tal führt, ist auf der unteren Hälfte menschenleer. Nicht in erster Linie wegen der Ausgangssperre, sondern weil die Menschen Angst vor den Hundertschaften der Polizei haben, die in den Nebenstraßen auf ihren Einsatz warten.

Es ist ein gespenstisches Bild: Hunderte von grimmigen Gestalten in Kampfmontur mit Schnellfeuergewehren und knapp mannshohen Schilden, alle in perfekter Marschordnung, so daß sie jederzeit losschlagen können. Hinter ihnen schweres Räumgerät, Notarztfahrzeuge, vergitterte Lastwagen für den Abtransport von Gefangenen.

Die Einsatzpolizisten tragen zum Teil Stahlhelme aus Restbeständen der „Nationalen Volksarmee“, die die Bonner Bundesregierung der Türkei zu Freundschaftspreisen überlassen hat.

Drohen auch am Bosphorus algerische Zustände?

Die Ministerpräsidentin macht nach einer Kabinettsitzung bekannt, der Staat sei „stärker, entschlossener und tapferer denn je“. Nachmittags wird klar, welche Tapferkeit und welche Entschlossenheit sie gemeint hat. In Umraniye, einem Arbeiterviertel im asiatischen Teil von Istanbul, eröffnet die Polizei wieder das Feuer. Diesmal sterben vier unbewaffnete Demonstranten.

Innenminister Nahit Menteşe erklärt, es handele sich bei den Unruhen um Provokationen, hinter denen „finstere Kräfte von außen“ zu suchen seien. Gemeint ist der griechische Erbfeind. Die Griechen, sagt Menteşe, versuchten, das Chaos in die Türkei hineinzutragen, um die türkischen Verhandlungen mit der Europäischen Union zu torpedieren.

Doch der Augenschein spricht eher dagegen, daß hier eine auswärtige Macht gezündelt hat, um sich einen nicht näher zu definierenden Vorteil zu verschaffen.

Zu den Überfällen, welche die Unruhen ausgelöst hatten, haben sich eine extrem nationalistische Gruppe und die

„Türkische Rache-Brigade“ bekannt. Auch die „Grauen Wölfe“ brachten sich schnell noch einmal als Urheber ins Gespräch.

Die Alawiten vermuten allerdings die Drahtzieher in den Kreisen der fundamentalistischen Eiferer aus dem Lager der Sunniten. Die wollen die Türkei vom Kemalismus abkoppeln und sie in einen streng islamischen Gottesstaat umwandeln.

Für den sunnitischen Klerus sind die Alawiten gräßliche Ketzer, mithin schlimmer als die Ungläubigen. Die Alawiten sind eine liberale Sekte mit mystischen Tendenzen, aber sie unterwerfen sich keinem Dogma. Sie streben nach Erfüllung jenseits der Gesetzesfrömmigkeit und nehmen sich Freiheiten heraus, die nach Sunni-Lehrauffassung die Grenzen des gemeinsamen Glaubens sprengen: Sie verzichten auf die Pilgerfahrt nach Mekka, scheren sich den Teufel um Gebetsvorschriften und sitzen im Ramadan, wenn andere Moslems fasten, öftentlich beim Tee.

Die Alawiten haben auch keine Moscheen, weil sie glauben, daß Gott nicht in den Gotteshäusern, sondern in den Herzen der Gläubigen zu finden ist. Und für fromme Sunniten am schlimmsten: Alawiten-Frauen sind ihren Ehegatten gleichgestellt. Sie tragen keinen Schleier, mischen sich bei Festen schamlos unter Männer und geben sich zuweilen sogar dem Genuß alkoholischer Getränke hin.

Toleranz gegenüber Andersdenkenden ist nicht die Stärke des Islam. Und Freigeisterei im eigenen Haus ist das letzte, was seine strengen Exegeten tolerieren. Für türkische Sunniten sind die Alawiten schlicht Kizilbaş – was man, je nach Temperaments- und Sympathielage, eher freundlich mit „Rotköpfe“ oder eher unfreundlich mit „Blutschänder“ übersetzen kann.

Das Schisma zwischen der sunnitischen Mehrheit und der alawitischen Minderheit – die immerhin ein Viertel bis ein Drittel der türkischen Bevölkerung stellt – blieb meist auf gegenseitige verbale Anfeindungen beschränkt. Bis zum Juli 1993, als radikale Sunniten in der ostanatolischen Stadt Sivas ein Massaker unter vorwiegend alawitischen Künstlern anrichteten.

37 Schriftsteller, Musiker und Intellektuelle starben, als ein rasender Mob ihr Hotel in Brand setzte und die Ausgänge versperrte. Polizei und Feuer-

wehr erschienen erst am Tatort, als alles vorbei war. Seitdem mehren sich die Übergriffe auf alawitische Geschäfte und Gemeindegäuser.

Die konservative Regierung steht den alawitischen Protestanten in ihrem säkularen Staatsverständnis näher als den grünen Radikalklerikern. Denn die Alawiten sind auf jeden Fall die besseren Republikaner. Aber Tansu Çiller braucht die Unterstützung der Islamisten für ihren Kampf gegen die kurdischen Separatisten, die mit ihrem marxistischen Grundwerte-Fundus wiederum den alawitischen Sozialdemokraten nahekommen.

Die Sunniten haben auch politisch an Gewicht zugelegt. 1991 holte die islamische „Wohlfahrtspartei“ bei den Parlamentswahlen stattliche 17 Prozent der

die ein ausgeprägtes Interesse am Destabilisieren hat, den Konflikt zwischen Staatsmacht und Alawiten inszeniert hat. Das würde zu der Welle der Brandstiftungen in der Bundesrepublik passen, die ebenfalls in Richtung PKK weist.

Die neue Krise droht die Abwehrkräfte der türkischen Demokratie zu überfordern. „Zum kurdischen Terrorismus können wir nicht auch noch einen Religionskrieg verkraften“, schrieb das Massenblatt *Hürriyet*.

Der Schriftsteller Aziz Nesin, Übersetzer von Salman Rushdies „Satanischen Versen“, sieht gar den Bestand der Nation gefährdet. „Der Konflikt zwischen Polizei und Alawiten, zwischen Armee und Kurden, zwischen Alawiten und Sunniten, zwischen radikalen Islamisten und laizistischen Erneuerern ist vielleicht das Fanal für den Untergang der Nation.“

Wird die Türkei am Ende wieder der kranke Mann am Bosphorus? Drohen jetzt algerische Zustände? Wenn so weit vorn in der Türkei die Türken aufeinanderschlagen, müssen sich die europäischen Nachbarn Sorgen machen.

Die Wohlfahrtspartei fordert den Ersatz des bürgerlichen Rechts durch die Scharia, den Ausstieg der Türkei aus der Nato, den Verzicht der Anbindung an Westeuropa und ihre Annäherung an andere radikalislamische Staaten. Soviel ist klar: Sie will einen ganz anderen Staat.

Doch die Wohlfahrtspartei ist nicht so stark und nicht so radikal wie die „Islamische Heilsfront“ (FIS) in Algerien, die mit Hilfe von zügellosem Terror die Machtübernahme erzwingen will. Die Schlächterei in der Türkei hat in den letzten Jahren kaum weniger Opfer gefordert als die in Algerien. Doch das Kriegsgeschehen beschränkt sich im wesentlichen auf den kurdischen Süden und Südosten. Die Auseinandersetzungen hatten bisher auch keine religiösen, sondern fast ausschließlich ethnische Ursachen.

Seit letzten Montag ist das anders. Seit den Massakern von Istanbul hat der türkische Bürgerkrieg eine neue Qualität. Der alawitische Dichter Ali Balkiz hat seine Erklärung für den Ablauf der Zwangsläufigkeiten in eine Parabel gefaßt: Es sei wie ein Raum gewesen, in den ständig Gas einströmte. Irgendwann war der Raum voll Gas. Und dann kam einer und riß ein Streichholz an. □



F. VILLARD / SIPA

Ministerpräsidentin Çiller: „Stärker, entschlossener, tapferer“

Stimmen. Bei den Kommunalwahlen im vergangenen Jahr kam sie auf 19 Prozent. Seitdem stellen die frommen Grünen auch die Bürgermeister von Ankara und Istanbul.

Am Erstarren der moslemischen Front sind, genaugenommen, die Offiziere schuld. Sie haben während der Militärdiktatur Anfang der achtziger Jahre die damals politisch bedeutungslosen Islamisten – durch die Wiedereinführung des obligatorischen Religionsunterrichts und durch die finanzielle Unterstützung der Klerikalbürokratie – nach Kräften gefördert, um ein Gegengewicht zum gefürchteten Kommunismus zu schaffen. Sie ahnten nicht, wie schnell ihre Kreaturen ihrer Kontrolle entwachsen würden.

Nun sind die politischen Kraftlinien beinahe unentwirrbar miteinander verschlungen. Nicht ausgeschlossen, daß die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK),